

PRESSEMITTEILUNG

International Justice Mission Deutschland e. V.



Internationaler Tag der Menschenrechte am 10. Dezember: Sklaverei in Libyen lediglich Spitze des Eisberges

Berlin, 06.12.17 – *Sklaverei widerspricht zutiefst der Auffassung von der unantastbaren Würde des Menschen und den daraus abgeleiteten Menschenrechten. Berichte aus Libyen zeigen dramatische Ausmaße von Sklaverei, doch sie sind lediglich die „Spitze des Eisberges“. 40 Millionen Menschen sind weltweit versklavt. Sie werden verschleppt, verkauft, ausgebeutet und misshandelt. Kaum sichtbar, meistens versteckt und weit weg von internationalen Schlagzeilen leiden Sklaven im 21. Jahrhundert. Ein Skandal, auf den International Justice Mission (IJM) anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10.12. aufmerksam macht. Die Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Berlin fordert von der deutschen Regierung dringend mehr Handeln.*

Sklaverei ist ein globales Problem mit über 40 Millionen Opfern

Sklaverei in Libyen und die menschenunwürdigen Zustände der Flüchtlinge führten zurecht zu internationalem Entsetzen und forderten schnelles Handeln. Nicht im Blickfeld sind jedoch die 40 Millionen Menschen, die laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weltweit in Sklaverei festgehalten werden. Sie werden in Fabriken, Bordellen, in der Landwirtschaft, in Haushalten oder auf dem Bau versklavt. „Worüber wir uns jetzt in Libyen aufregen, ist nur die Spitze des Eisberges. Wir haben lange Zeit eine stille, verdeckte Sklaverei übersehen“, sagt Dietmar Roller, Vorstandsvorsitzender von IJM in Deutschland, „die ihre Wurzel darin hat, dass Arme keinen Zugang zum Rechtssystem haben. Überall, wo Menschen verwundbar sind, finden Sie Sklaverei.“

Nicht funktionierende Rechtssysteme führen zu mehr Sklaverei

Laut der Weltbank leben vier Milliarden Menschen ohne den Schutz eines funktionierenden Rechtssystems. Sie sind Unrecht wehrlos ausgesetzt und Kriminelle werden nicht oder nur unzureichend strafrechtlich verfolgt. Die Gründe für das Versagen der Rechtssysteme sind vielseitig: Polizisten fehlen eine gute Ausbildung und entsprechende Ausstattung, Staatsanwälte und Gerichte sind hoffnungslos überlastet. Hinzu kommt Korruption. In einer solchen Situation nehmen Verbrechen wie Menschenhandel und Sklaverei rasant zu. Menschen auf der Flucht versuchen der Unsicherheit zuhause zu entfliehen, doch der Weg in eine vermeintlich bessere Zukunft birgt ebenfalls ein hohes Risiko, Opfer massiven Unrechts zu werden.

Deutsche Regierung muss mehr tun als Krisenmanagement

Die Vereinten Nationen haben sich bis 2030 zum Ziel gesetzt, Sklaverei zu beenden. Dazu muss mehr getan werden als Krisenmanagement wie aktuell in Libyen. „In der gesamten Entwicklungsarbeit muss endlich ein größerer Fokus auf den Zugang der Menschen zu dem Rechtssystem in ihren Herkunftsländern gelegt werden“, sagt Roller weiter. „Verstärkte finanzielle Ressourcen müssen dringend benötigte Weiterbildungen für Polizisten, Staatsanwälte und Richter in den von Sklaverei am stärksten betroffenen Ländern gewährleisten.“ Mit der finanziellen Unterstützung des Global Fund to End Modern Slavery geht Großbritannien derzeit mit vorbildlichen Schritten in der Weltgemeinschaft voran. IJM fordert von der deutschen Regierung, ebenfalls finanzielle Unterstützung bereitzustellen und entschieden gegen Sklaverei vorzugehen.

Pressestelle IJM Deutschland e. V.

Judith Stein | Tel: 030 246369013 | Email: jstein@ijm-deutschland.de | www.ijm-deutschland.de
Für ein Interview zum Thema steht Ihnen gerne Dietmar Roller, Vorstandsvorsitzender von IJM Deutschland e. V., zur Verfügung.